

Dresdner Volkszeitung

Postfachkonto: Dresden, Raden & Comp., Nr. 1208.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Bankkonto: Gebr. Knob, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Messdorf und Dresden-Altkath.

Abonnementpreise: Einzelhefte monatlich 5000.— M., durch die Post bezogen monatlich 5000.— M., unter Kreuzband für Deutschland wöchentlich 1700.— M., Einzelnummer 200.— M., Sonnabendnummer 300.— M.
Telegraphen-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25261.
Verkaufsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25261.
Verkaufszeit: von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreise: die gewöhnliche Komparativzeile 400.— M., anderwärts 600.— M., die gewöhnliche Reklamazeile 1500.— M., anderwärts 1800.— M., Kasland 2400 u. 7500 M. Bei mehrmaliger Ausgabe Ermäßigung, Familienangehörige, Stellen- u. Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Briefe 100 M.

Nr. 96

Dresden, Mittwoch den 25. April 1923

34. Jahrg.

Tschecho-slowakische Probleme

Von unserm tschecho-slowakischen Mitarbeiter

2. Soziale Kämpfe

Wacht sozialistische Parteien! Es ist begreiflich, daß das Bürgertum verlernt hat, sich vor den Sozialdemokraten zu fürchten, daß von den Sozialisierungsplänen keine Rede mehr ist. Wohl wurde der Großgrundbesitz vielfach enteignet, aber er wurde zerstückelt, parzelliert und an tschechische Kleinrentner vergeben, vor allem an ehemalige Legionäre, und die Bodenreform wurde damit zu einem wirklichen Tschechisierungsmittel. Mit Sozialismus freilich hat die Zerstückelung des rationelleren Großbetriebes und die Schaffung vieler kleiner Eigentümer nichts zu tun. Und von der Sozialisierung der Gruben ist natürlich längst keine Rede mehr. Im Parlament beträgt nun nach den vielen Vorschlägen die Regierungsmehrheit nur noch ungefähr zehn Stimmen. Eine Kleinigkeit, — Verärgerung noch einiger Abgeordneten der jetzigen Regierungsparteien, und die Koalition ist in der Minderheit.

Daß es in diesem Parlament keine Wirkung der Argumente gibt, daß hier eine sachliche Mitarbeit der Opposition nicht möglich ist, weil einzig und allein der Wille der Koalitionsparteien entscheidet, das hat in weiten Kreisen vollständige Abkehr vom Parlamentarismus verursacht. Das Verlangen der tschechischen Sozialdemokraten als Sozialisten, ihr Dauerbündnis mit der tschechischen Bourgeoisie gegen die Minderheiten, und damit auch gegen die deutschen Arbeiter, hat in den proletarischen Schichten, die 1918 und 1919 zur deutschen Sozialdemokratie kamen, den Glauben an den Sozialismus und an die Internationale vielfach ausgelöscht. Im deutschen Proletariat gewinnen, was ja angeht die tschechischen Gewalttätigkeiten verständlich ist, Nationalsozialisten und Merikale langsam an Boden. Viel härter ist im tschechischen Proletariat die Abkehr der Arbeiter von der Sozialdemokratie und von der sozialistischen Partei. Alle in den letzten Wochen stattgefundenen Gemeindevahlen haben dies gezeigt. Ein Teil der Arbeiter schwenkt zu den Kommunisten ab, andre zu den bürgerlich-nationalen Parteien. Will man die in den Arbeiterkreisen beider Nationen vorherrschende politische Stimmung charakterisieren, dann muß man sie als die vollständigste politische Wüdiskeit bezeichnen. Grenzenlos ist die Enttäuschung der Massen, die 1918 und 1919 ihre Hoffnungen so ungeheuer weit gespannt hatten, um so größer die derjenigen, die das Proletariat damals schon am Beginn seiner Herrschaft haben und nun schon seit vielen Monaten arbeitslos sind, von schrecklichem Elend heimgeführt. Nicht nur in den Dörfern des Erzgebirges, deren Bewohner immer bei schmalen Rationen gelebt haben, sondern im ganzen weiten deutschen Industriegebiet, zum Teil aber auch im tschechischen, herrscht seit gut einem Jahre Arbeitslosigkeit und infolgedessen bitterster Mangel. Und aus dieser unmittelbaren Not kann keine proletarische Partei den Arbeitern helfen, keine der sozialistischen Parteien kann ihnen sofort Arbeit und Brot geben, denn keine kann die Wirtschaftskrise beseitigen. Und weil die sozialistischen Parteien dies nicht können, verlieren die nicht gutgeschulten Sozialisten immer mehr das Vertrauen zu ihnen.

Aber freilich: die Kapitalisten sorgen schon dafür, daß die Zeit der Wirtschaftskrise für die Arbeiter nicht zu einer Zeit vollständigen politischen Schlafes wird. Sie versuchen die Wirtschaftskrise immer wieder auszunutzen zu starken Lohnkürzungen. In allen Industrien ist der Lohn um 20 bis 30 Prozent gegenüber dem Vorjahre bereits gekürzt worden, ohne daß die Arbeiter imstande gewesen wären, ernsthaften Widerstand zu leisten. Das ist den Unternehmern zu wenig. Außerdem versuchen sie auch bereits gelegentlich Attentate gegen die ihrer Meinung nach allzu kurze Arbeitszeit. Ein Streit der Bergarbeiter im Wärsch-Ostrow-Rawitzer Revier, der 40 000 Bergarbeiter umfaßt, galt der Abwehr des Versuches der Unternehmer, die Sonnabendarbeit um zwei Stunden zu verlängern. Er endete mit einem Kompromiß, das im großen ganzen für die Arbeiter günstiger war als für die Unternehmer.

Die Lage des Proletariats in der Tschecho-Slowakei ist eine zum Verzweifeln trostlose. So oft Minister auch verkünden möchten, daß der Höhepunkt der Krise erreicht sei, von ihrem Abflauen ist noch nichts zu merken. Die Industrie in der Tschecho-Slowakei ist für das Inland zu groß und kommt für den Export nicht sehr in Betracht, nicht nur der volutarischen Verhältnisse wegen, sondern auch wegen der technischen Rückständigkeit der Industrie. So wird natürlich doch das Wort eines tschechischen Ministers wahr werden, das er zu Industriellen sprach: „Wenn eurer nicht mehr so viele sein werden, wird es den übrigen besser gehen.“ So wenig erfreulich, wie die wirtschaftliche Lage des Proletariats in der Tschecho-Slowakei, ist seine politische Stellung. Geplant in sechs Nationen und in acht sozialistische Parteien! Wird die neue Internationale, an deren Gründungsfongress sechs von diesen Parteien teilnehmen dürften, wenigstens auf diesem Gebiet Wandel schaffen? Die deutschen Sozialdemokraten werden mit recht gemischten Gefühlen nach Hamburg gehen. Denn so sehr sie den Wiederaufbau der Weltinternationalen begrüßen, so wenig erfreulich ist es für sie, mit den tschechischen Sozialdemokraten, die keine mehr sind, mit denen sie fast nichts Gemeinsames haben und mit denen sie Tag für Tag im Kampfe liegen, einer internationalen Verbindung anzugehören.

Das Problem der Sachverständigenkommission

Der Sozialdemokratische Parlaments-

dienst meldet folgendes:
„Bisher ist sich das Kabinett Cuno noch nicht klar darüber, ob es ein Angebot unter Renennung einer festen Summe machen oder lediglich eine Zahlungsreihe schreiben soll. Wir sind der Auffassung, daß der Streit um diese Frage keineswegs die Abwendung eines deutschen Angebots verzögern darf. Nachdem die Reichsregierung bereits in ihrem Vorschlag für die Pariser Konferenz die deutsche Leistungsfähigkeit nach eigener Schätzung ziffernmäßig zum Ausdruck gebracht hat, dürfte es jetzt nicht schwer sein, positiv zu erklären, daß sie bereit ist, 30 Milliarden als Reparationsleistung zu zahlen. Darüber hinaus kann sich Deutschland selbstverständlich bereitfinden, die endgültige Schätzung der deutschen Leistungsfähigkeit — die ausschließlich von Deutschland beziffert, bei Frankreich immer Zweifel erwecken wird — einem internationalen Gremium zu überlassen, wie es Lord Curzon in seiner Rede angedeutet hat. Dieser Punkt bedarf noch der Klarstellung. Während Curzon zunächst darauf verwies, daß Amerika den Vorschlag seines Staatssekretärs Hughes nicht mehr aufrechterhalte und Frankreich ihn im übrigen ablehne, erklärte er an anderer Stelle, daß ein Fortschritt dadurch erzielt werden könnte, wenn Deutschland irgendein Anerbieten seiner Bereitschaft und seiner Absicht, zu zahlen, machte und seinen Wunsch dahin äußerte, die Summen durch eigens mit dieser Aufgabe betraute Autoritäten festsetzen zu lassen. Dieser Widerspruch muß klar gestellt werden.“

Es ist unmöglich, daß Deutschland die Festsetzung seiner Leistungsfähigkeit ohne weiteres einer Instanz überlassen kann, die von vornherein den Charakter der Parteilichkeit trägt. Nachdem Frankreich den Hughes'schen Vorschlag abgelehnt hat und damit ein Kollegium neutraler Sachverständigen kaum mehr in Frage kommen kann, hätte Curzon zum mindesten sagen müssen, wie er sich das Gremium von Autoritäten zusammengesetzt denkt. Es scheint, daß er an eine Instanz gedacht hat, wie sie der letzte englische Zahlungsplan Bonar Law's vorsah. Hier war ein Tribunal aus fünf Vertretern der alliierten Länder und zwei Neutralen unter Vorsitz des Reichsfinanzministers, der sein Stimmrecht haben sollte, geplant. Wir können nicht behaupten, daß eine derartige Zusammenfassung als unparteiisch anzuprehen ist und Vertrauen in Deutschland genießen kann. Das deutsche Volk wird zu keiner „Sachverständigenkommission“ Vertrauen haben, von deren Sitzungen seine eigenen Vertreter ausgeschlossen sind und die in der Mehrzahl aus seinen Staatsbürgern zusammengesetzt ist. Es wäre deshalb nur zu begrüßen, wenn Lord Curzon die notwendige Klarstellung des angeführten Punktes seiner Rede bald nachholen würde und der deutschen Regierung Klipp und klar darüber Aufschluß gibt, wie sich England die Zusammenfassung eines Gremiums von Autoritäten zur Festsetzung der deutschen Leistungsfähigkeit vorstellt.“

Die Regelung der Sicherheitsfrage in dem deutschen Angebot kann unter Umständen keine Schwierigkeiten machen. Die Regierung muß sich bereit erklären, alle Sicherheiten zu leisten, die mit der Aufrechterhaltung der deutschen Souveränität im Einklang stehen. Die Räumung des Ruhrgebietes muß im Zusammenhang mit der Garantiefrage, die den wichtigsten Punkt des Angebotes zu bilden hat, verhandelt werden. Es ist nicht mehr als recht und billig, wenn Deutschland bei genügender Sicherheitsleistung für die Reparationsverpflichtungen die restlose Räumung der Ruhr auf schnellstem Wege fordert.“

Zwischenfragen nach London

Berlin, 24. April. Eine offizielle Beratung des Reichskabinetts über die durch die Rede Lord Curzons gestellte Frage und über die Absichten der Reichsregierung hat heute noch nicht stattgefunden. Im Laufe des Tages fanden verschiedene Besprechungen mit einzelnen Mitgliedern der Industrie und mit einzelnen Parteiführern statt, die aber immer nur der allgemeinen Unterrichtung der Reichsregierung über die jetzt herrschenden Anschauungen dienten. Dabei spielte auch die Frage der Garantien, die von Lord Curzon besonders betont wurde, eine Rolle. Im übrigen hat die Reichsregierung sich genötigt gesehen, eine ganze Reihe diplomatischer Zwischenfragen nach London zu schicken, die teils von England direkt beantwortet werden sollen, teils aber auch erst Antwort finden können, nachdem England sich seinen Verbündeten über deren Auffassung erkundigt hat. Ehe diese diplomatische Aktion nicht abgeschlossen ist, sollen auch die eigentlichen entscheidenden Beratungen in Berlin nicht stattfinden.

England spielt keine Mittlerrolle

Der englische Außenminister Lord Curzon hat wohl die deutsche Regierung aufgefordert, ein Reparationsangebot zu machen, aber er gibt jetzt deutlich zu verstehen, daß die englische Regierung es ablehnt, in der Rolle eines Vermittlers aufzutreten. Durch den Londoner Daily Telegraph läßt er mitteilen, keine Rolle sei im gegenwärtigen Augenblick engerer von dem Gedanken Lord Curzons als die eines Vermittlers oder „christlichen Mäkkers“ gewesen, die fälschlicherweise in Berlin aus seiner Rede herausgehört worden. Curzon habe Deutschland eingeladen, ein ausreichendes Angebot an die Alliierten zu machen, nicht an oder durch Großbritannien. Lord Curzon würde unter den augenblicklichen Umständen nicht bereit sein, weiterzugehen. Er habe in seiner Rede keine Summe für die Gesamtentschuldigung angesetzt, und es verlaute, daß die britische Regierung bei der Entscheidung von Ratsschlüssen an Berlin über die Ratifizierung eines ausreichenden Angebotes niemals irgendeine feste Summe genannt habe. Die Deutschen könnten ehrlieh der Ansicht sein, daß 50 Milliarden Goldmark die Zahlungsfähigkeit des Reiches hinausgingen. Sie würden sich jedoch durch konservative Erklärungen, daß sie eine solche Summe nicht zahlen könnten oder nicht zahlen würden, nicht helfen. Sie hätten von der Bereitschaft gesprochen, die Entscheidung einer befugten Autorität in dieser Hinsicht anzunehmen. Da dem so sei, sollten sie sich damit begnügen, ihrer Bereitschaft Ausdruck zu geben, sich der Entscheidung einer solchen Autorität zu fügen, selbst wenn diese Entscheidung ihre Ansicht über die Unabhängigkeit Deutschlands, 50 Milliarden zu zahlen, umstoßen sollte. Bevor sich Deutschland vor allem hüten müsse, sei eine Versäuerung in der Unterbreitung eines Angebotes.

Diese von Curzon inspirierten Behauptungen lassen klar erkennen, daß England bei Frankreich nicht in den Verdacht kommen will, eine Vermittlerrolle zu übernehmen. Es fordert ein direktes Angebot. Und die englische Regierung rät Versailles an. Der deutsche Vorkämpfer in London hat gestern mit Bonar Law verhandelt, offensichtlich tröstet das zu schneller Aufklärung über den unklaren Punkt betreffend die internationale Sachverständigenkommission bei. Die Cuno-Regierung scheint aber nach den Berliner Meldungen keinerlei Eile zu entwickeln. Man tut so, als hätte das deutsche Angebot noch wochenlang Zeit. Das ist ein gefährliches Spiel. Alle wohlmeinenden Leser beider Nationen müssen darüber, aber Rosenbergs hört nichts. Die Dinge im Ruhrgebiet bleiben dringend: Verschleppung. Die kämpfenden und opfernden Arbeiter haben genügend deutlich gemacht. Wenn ihre Stimme nicht beachtet wird, so werden sie noch deutlicher werden müssen. Aber jeder Tag Ängern verstärkt die Befürchten.

Schüler der Versammlungsfreiheit!

Die sozialdemokratische Fraktion verbündete gestern noch einmal im Reichstag die Annahme der Bestimmungen, die Versammlungen unter einen besonderen Strafschutz stellt. Unsere Parteigenossen verließen den Saal und führten dadurch die Versammlungsfreiheit des Reichstags herbei. Aber die bürgerliche Mehrheit ist offenbar fest entschlossen, den Paragraphen über den Versammlungsschutz anzunehmen. Bei oberflächlicher Betrachtung könnte es scheinen, als wenn es sich hier um einen belanglosen Paragraphen handelte. Denn warum soll die Versammlungsfreiheit nicht geschützt werden? Die Sozialdemokratie hat immer volle Versammlungs- und Vereinsfreiheit gefordert. Wir wollen unsere Gegner durchaus nicht hindern, ihre Anschauungen dem Volke vorzutragen. Dazu haben wir um so weniger Veranlassung, als wir glauben, im Kampfe mit geistigen Waffen durchzusetzen zu können. Wenn sich hier und da die Arbeiter nicht alles gefallen lassen, was in Versammlungen rechtsradikaler Gruppen geleistet wurde, so lag das zum guten Teil daran, daß die Behörden und die Justiz in oft unerträglicher Weise den Rechtsboldschweifern gegenüber verlagen und nicht verhielten, wenigstens die größten Verunglimpfungen der Republik und ihrer Führer zu verhindern.

Nach den Lehren der materialistischen Geschichtsauffassung haben wir keine Veranlassung, uns irgendwie über die Anschauungen unserer Gegner zu entrüsten. Es ist für uns ganz natürlich, daß Angehörige der Kapitalistenklasse nicht Sozialdemokraten sind, sondern den kapitalistischen Parteien angehören. Wir bezweifeln nicht die Ehrlichkeit ihrer Gesinnung, weil wir wissen, daß die politischen Anschauungen der Angehörigen einer Klasse in der Regel durch

ihre Klassenlage bedingt sind. Der Kapitalist verteidigt die kapitalistische Gesellschaft und ihre Einrichtungen nicht nur deswegen, weil er bewußt auch in der Politik seine Interessen vertritt, sondern weil die meisten Menschen auch das instinktiv für gut halten, was ihren Interessen entspricht. Unsere Parteigenossen dürfen, soweit sie gegenwärtige Versammlungen besuchen, es auch dort nicht an Disziplin und Ruhe fehlen lassen.

Warum in aller Welt ist aber jetzt eine besondere Strafbestimmung gegen Versammlungssprengungen notwendig geworden? Sind wir doch reichlich eingedeckt mit et. Bestimmungen, die man gegen Versammlungsstörer anwenden kann. Wer trotz der Aufforderung des Vorsitzenden das Versammlungslokal nicht verläßt, macht sich wegen Hausfriedensbruchs strafbar, und dazu kommen noch die Bestimmungen des Strafgesetzbuchs über Verleumdung, Körperverletzung, Sachbeschädigung usw. Durch die Annahme des dem Reichstag jetzt vorliegenden Entwurfs der bürgerlichen Parteien aber würde eine völlig lausigartige Strafbestimmung geschaffen, mit der ein mehr oder weniger geachteter Richter so ziemlich alles anfangen kann. Die Bestimmung soll lauten:

„Wer nicht verbundene Versammlungen, Aufzüge oder Kundgebungen mit Gewalt oder durch Bedrohung mit einem Verbrechen verhindert oder sprengt oder in unmittelbarem Zusammenhang mit solchen Versammlungen, Aufzügen oder Kundgebungen Gewalttätigkeiten begeht, wird mit Gefängnis, neben dem auf Geldstrafe bis zu 1 Million Mark erkannt werden kann, bestraft. Der Versuch ist strafbar.“

Das ist Gewalt? Verließe auch derjenige gegen die gepfante Strafbestimmung, der durch Singen, Pfeifen oder